


www.laender-analysen.de/ukraine

MINSKER PROZESS COVID-19 IN DER UKRAINE

■ ANALYSE	
Der »Minsker Prozess«: Perspektiven aus der Bevölkerung in der Konfliktregion	2
Von Cécile Druey (Universität Bern), Julia Kaplan (National Institute for Strategic Studies, Kiew), Valentina Cherevatenko (Union der Don-Frauen, Rostow am Don) und Anna Hess Sargsyan (ETH Zürich)	
■ DOKUMENTATION	
Thematische Auswahl von Zitaten aus der Studie »Der »Minsker Prozess« aus der Innenperspektive«	7
■ STATISTIK	
Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine	11
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 26. Mai – 7. Juni 2020	13
■ CHRONIK	
26. Mai – 7. Juni 2020	14

Der »Minsker Prozess«: Perspektiven aus der Bevölkerung in der Konfliktregion

Von Cécile Druey (Universität Bern), Julia Kaplan (National Institute for Strategic Studies, Kiew),
Valentina Cherevatenko (Union der Don-Frauen, Rostow am Don) und Anna Hess Sargsyan (ETH Zürich)

DOI: [10.31205/UA.236.01](https://doi.org/10.31205/UA.236.01)

Zusammenfassung

Der »Minsker Friedensprozess«, der seit 2014 den Konflikt im und um den ostukrainischen Donbas beizulegen versucht, wird in den Bevölkerungen der betroffenen Regionen unterschiedlich wahrgenommen und stößt vielerorts auf Kritik. Die vorliegende Studie befasst sich mit einem wichtigen Punkt der Minsker Verhandlungen: der Wiederherstellung der ukrainischen Staatsgrenze und der Re-Integration der nicht-regierungskontrollierten Gebiete um Donezk und Luhansk. Auf der Grundlage von in der Ukraine (inklusive nicht-kontrollierte Gebiete) und Russland geführten Interviews geht die folgende Analyse der Frage nach, von wem und warum die Wiederherstellung der Grenze unterstützt oder abgelehnt wird und wie die Wiederherstellung realistisch umgesetzt werden könnte bzw. was sie verhindert. Erstaunlich ist, dass die Positionen der Respondent*innen aus den verschiedenen Regionen zwar oft unvereinbar sind, ihre Interessen und Bedürfnisse, sowie die Haltungen in wichtigen Grundfragen jedoch häufig übereinstimmen. So wird etwa der Anspruch der Ukraine auf eine funktionierende und kontrollierte Grenze als Ausdruck der eigenen Staatlichkeit und der nationalen Sicherheit generell nicht in Frage gestellt. Hingegen bestehen auf den verschiedenen Seiten große Ängste und Vorbehalte gegenüber der Umsetzung dieser »Kontrolle der Grenze« – teils infolge der eigenen traumatischen Erfahrungen und der neuen, durch den Konflikt geschaffenen Realität, teils als Resultat einer schlechten Informationslage und einer mangelnden gesellschaftlichen Diskussion über die »Minsker Protokolle« und ihre Umsetzung.

Der Konflikt im Donbas und seine Folgen

Der Konflikt in und um den ostukrainischen Donbas hat viele Opfer gefordert. Seit Anfang 2014 gab es laut offiziellen Zahlen mehr als 13.000 Todesopfer, rund 1,5 Millionen Binnenvertriebene und über eine Million Personen, die aus dem Donbas nach Russland geflohen sind. Die Infrastruktur und die öffentliche Verwaltung in der Konfliktregion wurden weitgehend zerstört. Die Lage ist kompliziert, und die Fronten sind verhärtet, auch auf gesellschaftlicher und zwischenmenschlicher Ebene. Wie so oft, wenn man es mit »verschleppten Konflikten« (»protracted conflicts«) zu tun hat, halten sich die Bruchlinien nicht an geographische oder ideologische Grenzen, sondern gehen mitten durch die Gesellschaft, und nicht selten finden sich Freunde und Familienmitglieder in unterschiedlichen Lagern wieder.

Tatsache ist, dass die Ukraine als Resultat des bewaffneten Konfliktes – unter tatkräftiger Mitwirkung von Sicherheitskräften und nationalistischen Kreisen aus Russland – heute *de facto* geteilt ist. Sie besteht nun aus zwei faktisch russischen Protektoraten, den sogenannten Volksrepubliken um Donezk und Luhansk im Südosten des Landes, einer administrativen und militärischen »Kontaktlinie«, die quasi als geschlossene interne Grenze fungiert, sowie dem restlichen, von der Kiewer Regierung kontrollierten Gebiet.

Die »Minsker Protokolle« und ihre Resonanz in der Bevölkerung

Das »Protokoll von Minsk« von September 2014 sowie die »Minsker Vereinbarung« von Februar 2015 sind unter dem Schirm der vier Staatschefs des »Normandie-Formats« (Deutschland, Frankreich, Russland und Ukraine) unterzeichnet worden. Sie ermöglichten eine Beruhigung der aktiven Kampfhandlungen und waren die Basis für die Schaffung der Trilateralen Kontaktgruppe (TCG). Diese steht unter der Schirmherrschaft der OSZE und ist mit ihren thematischen Arbeitsgruppen für die Umsetzung der in Minsk festgehaltenen Bestimmungen zuständig. Dieser Verhandlungsprozess, auch »Minsker Prozess« genannt, ist wichtig, denn er ist das einzige Format, das auf offizieller Ebene alle am Konflikt beteiligten Parteien zusammenbringt. Jedoch läuft die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen auch fünf Jahre nach der Unterzeichnung nach wie vor schleppend und wird von allen Seiten kritisiert. In der Zivilgesellschaft stößt man sich insbesondere daran, dass die »Minsker Protokolle« von Politikern verhandelt und unterzeichnet wurden, ohne Einbezug von – oder zumindest in Kommunikation mit – der betroffenen Bevölkerung, was diese vom offiziellen Friedensprozess abgekoppelt hat. Ohne die Unterstützung und den Einbezug der Gesellschaften kann der Friedensprozess jedoch nicht nachhaltig sein.

Forschungsdialog als »Diapraxis«

Die Studie »Der »Minsker Prozess« aus der Innenperspektive« wurde denn auch angeregt durch diese Kritik des Nicht-Einbezugs der Gesellschaft sowie die Stereotypen, Feindbilder und Mythen zum »Minsker Prozess«, die unter anderem durch den Mangel an transparenter Kommunikation entstanden sind. Das Projekt ist im Rahmen der Dialogplattform »Women's Initiatives for Peace in Donbas (WIPD)« entstanden und ist ein Forschungsdialog, der auf dem Ansatz der »Diapraxis« aufbaut: Stärkung von Verständnis und Vertrauen zwischen Konfliktparteien durch Informationsaustausch und Zusammenarbeit in praktischen Fragen. Lanciert und durchgeführt wurde die Studie zwischen 2017 und 2020 von einem rund zehnköpfigen Forschungsteam aus der Ukraine (einschließlich aus den nicht-kontrollierten Gebieten), Russland und der Schweiz. Unter anderem stellte WIPD als transnationale Dialogplattform auch ein einzigartiges Netzwerk zur Verfügung, das den Forschenden Zugang zu Respondent*innen aus allen Konfliktparteien ermöglichte, wovon die Studie stark profitiert und an Inklusivität gewonnen hat. Finanzielle und methodologische Unterstützung bekam das Forschungsteam auch vom Center for Culture and Governance in Europe von der Universität St. Gallen (Schweiz), wofür wir uns an dieser Stelle wärmstens bedanken.

Mit Multiperspektivität gegen Mythen und Feindbilder

Die Studie, deren Datensammlung die Grundlage für diesen Artikel bildet, hat zum Ziel, die gesellschaftliche Wahrnehmung des »Minsker Prozesses« beiderseits der Kontaktlinie aufzuzeigen und besser zu verstehen, welche Interessen hinter den kommunizierten Positionen liegen. Die erhobenen Daten decken eine breite Palette von Fragen zur Wahrnehmung des Friedensprozesses ab: Neben unmittelbar mit den »Minsker Protokollen« in Zusammenhang stehenden Themenfeldern wie Amnestie, Demilitarisierung, Statusfrage, Wahlen, Gefangenenaustausch und Kontrolle der Staatsgrenze, werden auch persönliche Fragen angesprochen, wie die Erfahrung mit dem Konflikt, die Interpretation seiner Ursachen und die Vision über geeignete Wege zu seiner Beilegung.

Die Studie basiert auf 144 halbstrukturierten Interviews, die zwischen 2018 und 2019 in der Ukraine und Russland geführt wurden, zu gleichmäßigen Anteilen in allen Teilen der regierungskontrollierten Ukraine (zentrale, westliche, östliche und südliche Landesteile, sowie im regierungskontrollierten Donbas), im nicht-regierungskontrollierten Gebiet (Regionen Donezk und Luhansk), und in Russland (Grenzregion zur Ukraine und grenzferne Gebiete). Zudem sind mit Binnenvertriebenen in der Ukraine und Don-

bas-Flüchtlingen in Russland weitere wichtige vom Konflikt betroffene, aber geographisch versprengte Gruppen vertreten. Letztere haben sich übrigens als wichtiges Sprachrohr für die Bewohner*innen der nicht-kontrollierten Gebiete und deshalb als wertvoll für die Sammlung qualitativer Daten erwiesen, da sie oft offener Positionen zum Ausdruck brachten, die in den nicht-kontrollierten Gebieten nur hinter vorgehaltener Hand erwähnt werden.

Die Studie zielte auf keine bestimmte soziale Gruppe ab und basierte auf freiwilliger Teilnahme. Vielleicht als Resultat dieser Selektion nach dem Motivationsprinzip verfügen denn auch rund zwei Drittel der Befragten über eine höhere Ausbildung, die meisten sind zwischen 35 und 55 Jahre alt, und Frauen sind im Vergleich zu Männern leicht überrepräsentiert (vier Siebtel zu drei Siebtel).

Die Chancen und Streitpunkte des Minsker Prozesses: Testfall »Staatsgrenze«

Wir möchten den Fokus hier auf einen der weniger oft diskutierten Punkte der »Minsker Protokolle« legen, und zwar dem 9. Punkt des Februarprotokolls von 2015, der die Wiederherstellung der »vollständigen Kontrolle über die Staatsgrenze« zwischen der Ukraine und Russland vorsieht. Der Punkt »Staatsgrenze« ist in den Augen der Respondent*innen wichtig, nicht nur wegen seiner völkerrechtlichen Bedeutung als Eckpfeiler des »Minsker Prozesses«, sondern auch als Symbol für Sicherheit und für die territoriale Integrität und die Wiederherstellung der ukrainischen Staatlichkeit. Gleichzeitig ist die angekündigte »Kontrolle der Staatsgrenze« aber auch die Ursache für Ängste und Mythen auf allen Seiten, die bisher leider nur sehr beschränkt Eingang in die offiziellen Verhandlungen gefunden haben.

Laut den offiziellen Protokollen geht es um die »Wiederherstellung der vollständigen Kontrolle der Staatsgrenze durch die ukrainische Regierung im gesamten Konfliktgebiet«, wobei diese aber gekoppelt wird an die Durchführung von lokalen Wahlen und an die Lösung der Frage nach dem politischen Status der beiden sogenannten Volksrepubliken. Zum heutigen Zeitpunkt sind die Diskussionen in der Trilateralen Kontaktgruppe rund um das Thema der »Staatsgrenze« mehr oder weniger eingeschlafen, die geplante Arbeitsgruppe wurde nie geschaffen. Bleibt zu hoffen, dass sie früher oder später wieder ins Rollen kommen werden, denn in sorgsamer Kombination mit anderen Punkten der Minsker Protokolle und weiteren wichtigen Prozessen in der Ukraine, etwa dem Wiederaufbau der ukrainischen Staatlichkeit und der sozioökonomischen Wiedereingliederung der Konfliktregion, hätte die »Staatsgrenze« durchaus Potenzial, den Friedensprozess ein gutes Stück vorwärts zu bringen.

Unter den Befragten aller Gruppierungen, auch in Russland, unter den Bewohner*innen der nicht-kontrollierten Gebiete und den oft radikaler pro-russisch eingestellten Donbas-Flüchtlingen in Südrussland, besteht der mehrheitliche Konsens, dass ein intaktes Grenzregime zu Russland grundsätzlich richtig und wichtig ist, weil es zu den Kernattributen der ukrainischen Staatlichkeit gehört. Dies ist aber in den meisten Fällen ein »Ja, aber...« und es besteht Uneinigkeit zwischen den einzelnen Gruppen, unter anderem in der Priorisierung der Grenzkontrolle im Vergleich zu den anderen Punkten von »Minsk«, sowie darüber, wer genau diese ausführen soll.

Weiter herrscht auf den verschiedenen Seiten Unklarheit darüber, was eine »Wiederherstellung der Grenze« genau bedeutet: ist darunter die Transparentmachung und Förderung der Mobilität zu verstehen, oder vielmehr die Militarisierung und totale Schließung für jeglichen Grenzverkehr zwischen der Ukraine und Russland? Und wo genau soll die zu kontrollierende Grenze überhaupt verlaufen, entlang der »alten« Grenze von vor 2014, oder entlang der internen »Kontaklinie«, die eine *de facto*-Grenze zwischen der Ukraine und dem nicht-kontrollierten Donbas ist?

Unter anderem aufgrund dieser Unsicherheiten fallen die Reaktionen auf verschiedenen Seiten, vor allem aber in den konfliktnahen Regionen sehr emotional aus, und die Angst vor möglichen negativen Konsequenzen eines neuen Grenzregimes, etwa einer Remilitarisierung und dem Wiederaufflammen des bewaffneten Konflikts, ist groß.

Gemeinsame Interessen und Aufeinanderprallen der Positionen

Bei der Analyse der Daten haben wir festgestellt, dass Respondent*innen aus verschiedenen Gruppen oft in ihren Interessen übereinstimmen, auch wenn sie etwa in der Einschätzung der Risiken oder in den vorgeschlagenen Umsetzungsmechanismen diametral entgegengesetzte Positionen vertreten.

Auf die wichtigsten dieser Dilemmata zwischen gemeinsamen Interessen und Kollision der Positionen zur Frage der »Staatsgrenze« soll in der Folge kurz eingegangen werden (siehe auch Sammlung von Zitaten im Anhang).

»Staatsgrenze«, Demilitarisierung, Frieden: Was ist das Rezept zum Erfolg?

Egal ob im Westen oder Osten und Süden oder Norden: Die Befragten wünschen sich ein Ende des Konflikts. Sie wollen, dass die Kampfhandlungen aufhören und die schweren Waffen abgezogen werden – wofür viele sich von einer Kontrolle über die Staatsgrenze einen positiven Impuls versprechen. Unterschiedliche Meinungen bestehen hingegen darüber, wie genau ein solcher

»negativer Frieden« (d. h. die Abwesenheit bewaffneter Gewalt) zustande kommen kann und welchen Stellenwert die »Kontrolle über die Staatsgrenze« dabei einnimmt. Die einen, insbesondere die Befragten aus der Zentral-, West- und Südukraine und aus dem zentralen Russland, vertreten eine »Border first« Position, weil sie sich von einer Kontrolle, oder noch besser von einer totalen Abriegelung der Grenze, eine Eindämmung des Zustroms von Soldaten und Kriegsmaterial aus Russland und dadurch ein Ende des Konflikts versprechen.

Dies wiederum steht in deutlichem Widerspruch zum Standpunkt der Bewohner*innen der nicht-kontrollierten Gebiete und der Donbas-Flüchtlinge, die eine »Status first« Position vertreten: Sie empfinden eine ukrainisch kontrollierte Grenze als Bedrohung, und nicht als Garantie für die eigene Sicherheit. Die Durchlässigkeit der Grenze zu Russland hat sich für sie während der akuten Kampfhandlungen und in der darauf folgenden Phase als überlebensnotwendig erwiesen, und ohne eine Lösung der Status- und Autonomiefrage und ohne Garantien aus Kiew für die Sicherheit der Bewohner des Donbas wird eine Wiederherstellung der Kontrolle über die Grenze deshalb abgelehnt.

Ausbau der »positiven Staatspräsenz« vs. militärische Kontrolle

Die Wiederherstellung der Kontrolle über die Grenze bedeutet faktisch eine Reintegration der nicht-kontrollierten Gebiete in den ukrainischen Staat, was für diesen aber nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten mit sich bringt. Insbesondere die Bewohner*innen der konfliktnahen Gebiete auf ukrainisch-kontrollierter Seite und im südlichen Russland unterstreichen daher die Wichtigkeit einer »positiven Präsenz« des Staates als Grundlage für eine mögliche Reintegration. Dies würde den Ausbau der ukrainischen Staatlichkeit mit funktionierenden Gesetzen und Verwaltungsstrukturen (»Statehood first«) bedeuten. Dem gegenüber steht die häufig vertretene Forderung aus grenzferneren Gebieten der Ukraine, die Grenze abzuriegeln und von der Armee scharf zu überwachen, was *de facto* zu einer Re-Militarisierung der gesamten Region führen und von der Bevölkerung der nicht-kontrollierten Gebiete als Bedrohung wahrgenommen würde.

Nationale Sicherheit der Ukraine: Welche Kontrolle für welche Grenze?

Die Kontrolle seines Territoriums und seiner Außengrenzen ist ein essenzielles Attribut jedes Staates und eine wichtige Maßnahme im Interesse seiner Sicherheit und der seiner Bürger. Es herrscht Einigkeit unter den Befragten aller Gruppen, dass die Ukraine das Recht und die Pflicht hat, ihre Staatsgrenze zu kontrollieren. Jedoch herrscht beiderseits der »Kontaklinie« Unklar-

heit über die Frage, welche Grenze die Ukraine kontrollieren müsse: die Außengrenze zu Russland oder die »innere« Grenze an der Kontaktlinie zwischen den kontrollierten und nicht-kontrollierten Gebieten der Ukraine? Einmal mehr wird klar, dass die Frage der »Staatsgrenze« einer besseren Kommunikation und Diskussion in der Gesellschaft bedarf – vor allem auch, weil sie mit dem »Sonderstatus« und anderen Punkten des Minsker Maßnahmenkatalogs zusammenhängt, was die Situation noch vertrackter macht.

Sozioökonomische Mobilität und die Angst vor der totalen Isolation

Über die ukrainisch-russische Grenze zwischen dem Donbas und Russland bewegen sich nicht nur Kriegsmaterial und bewaffnete Kämpfer, sondern auch Familienangehörige auf dem Weg zu ihren Verwandten sowie Kleinunternehmer, die im Grenzhandel tätig sind. Respondent*innen aus verschiedenen Gebieten, insbesondere aus dem grenznahen Gebiet in Russland und der regierungskontrollierten Ukraine, sowie aus dem nicht-kontrollierten Donbas sagen denn auch aus, dass es für sie von entscheidendem Interesse sei, dass die Kontrolle der Grenze transparent geregelt wird und sie ihre Mobilität bewahren können. Wird dies jedoch der Fall sein, wenn die Kontrolle erst einmal wiederhergestellt ist? Groß ist die Angst der Bevölkerung in der Konfliktregion vor einer totalen Schließung der Grenze, umso mehr, als eine Abriegelung der Grenze zu Russland bei gleichzeitigem Weiterbestehen der internen Grenze (»Kontaktlinie«) zwischen den kontrollierten und nicht-kontrollierten Gebieten der Ukraine zu einer totalen Isolation der Gebiete um Donezk und Luhansk führen könnte.

Das Bedürfnis nach Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung

Die Aussicht auf eine strenge Kontrolle der Grenze weckt vor allem unter Bewohner*innen der nicht-kontrollierten Gebiete und Flüchtlingen Angst vor einer Politik der forcierten Ukrainisierung, etwa in Form eines Verbots der russischen Sprache. Diese Angst ist teilweise wirtschaftlich begründet, entspringt aber vor allem auch einem Gefühl der physischen Unsicherheit und des Misstrauens gegenüber der Ukraine als der »anderen Seite« im Konflikt: Es ist die Angst, im Falle einer Re-Integration mit Isolation und einer Politik der Benachteiligung für Andersdenkende und für den Krieg bestraft zu werden. Ohne eine Diskussion über gegenseitige Amnestien, und ohne verbindliche Garantien für die physische Sicherheit und politische, wirtschaftliche und soziokulturelle Gleichberechtigung der Bewohner*innen der nicht-kontrollierten Gebiete, dürfte der Plan einer Wiederherstellung der ukrainischen Kon-

trolle über die Grenze zu Russland bei der lokalen Bevölkerung deshalb auf erheblichen Widerstand stoßen und könnte unter Umständen sogar zu einer Re-Eskalation militärischer Kampfhandlungen führen.

Fazit

Die Auswertung der Interviews aus der Ukraine, dem nicht-kontrollierten Donbas und Russland haben gezeigt, dass der Plan der »Minsker Protokolle« über eine Wiederherstellung der Kontrolle über die ukrainische Staatsgrenze zu Russland mehrheitlich als nötiger Schritt auf dem Weg zum Frieden betrachtet wird, da er Teil der Wiederherstellung der ukrainischen Staatlichkeit ist. Auch erhofft man sich durch die Kontrolle der Grenze das Ende des bewaffneten Konflikts und eine Demilitarisierung des Donbas, den Wiederaufbau der ukrainischen Institutionen und die Verbesserung der sozioökonomischen Sicherheit der Bevölkerung im und um das Konfliktgebiet voranzutreiben.

Ein klarer Konflikt zwischen den Positionen besteht jedoch in Bezug auf die Sequenzierung, das heisst, bei der Reihenfolge, in der der in den »Minsker Protokollen« festgelegte Massnahmenkatalog umgesetzt werden soll. Sieht ein Teil der Befragten insbesondere aus den »konfliktfernen« Gebieten die Kontrolle über die Grenze als Grundbedingung für eine Weiterführung des Friedensprozesses (»border first«), so wird in der »konfliktnahen« Region oft die Meinung zum Ausdruck gebracht, dass eine Kontrolle über die Grenze erst mit einem »positiven Frieden«, d. h. nach der Wiederherstellung der ukrainischen Staatlichkeit und wirtschaftlichen Zusammenarbeit annehmbar sei (»statehood first«). Die Bewohner*innen der nicht-kontrollierten Gebiete und die Donbas-Flüchtlinge in Russland hingegen pochen auf die Notwendigkeit, dass nur eine Klärung des politischen Status, das heisst zumindest eine weitgehende Autonomie und Garantien für die Mobilität und Sicherheit der lokalen Bevölkerung, die Ausgangslage für eine mögliche Reintegration schaffen könnten (»Status first«). Wenn man diese in den einzelnen Regionen dominanten Positionen und die dahinterliegenden Interessen auseinander zu dividieren versucht, wird klar, dass etwa die Position »Status first« in erster Linie in der Angst vor einer durch die Schließung der Grenze zu Russland verursachten (wirtschaftlichen, politischen und soziokulturellen) Abschottung des Donbas begründet ist. Eine Wiederherstellung der Kontrolle über die Grenze muss deshalb Hand in Hand gehen mit einer gleichzeitigen Abschwächung und schließlichen Auflösung der »Kontaktlinie« als interne Grenze.

Weiter macht die Verwirrung über die tatsächliche Bedeutung des Begriffs deutlich, wie wichtig transparente Kommunikation und ein gegenseitiger Austausch über die »Kontrolle der Staatsgrenze« und allgemein

den »Minsker Prozess« ist. Die auf offizieller Ebene ausgearbeiteten Maßnahmen müssen erläutert und mit, resp. in den Gesellschaften beiderseits der Kontaktlinie diskutiert werden. Und umgekehrt müssen die direkt vom Konflikt betroffenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere die Bewohner*innen der nicht-kon-

trollierten Gebiete ihre Bedürfnisse, Sorgen und Ängste formulieren und kommunizieren, damit sie in den Verhandlungsprozess einfließen können. Denn unter anderem sie werden es sein, die den Frieden schlussendlich umsetzen müssen.

Über die Autorinnen

Cécile Druey ist Historikerin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bern (Schweiz). Ihre Forschungsinteressen sind die Konflikte der ehemaligen Sowjetunion, mit Schwerpunkten auf der Ukraine und dem Kaukasus.

Julia Kaplan ist Politologin und arbeitet als leitende Beraterin am Kiewer »National Institute for Strategic Studies« (NISS). Auch ist sie in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen engagiert.

Valentina Cherevatenko ist Politologin und leitet die Organisation »Union der Don-Frauen«, mit Sitz in Südrussland. Sie ist seit 1993 in verschiedenen Konfliktregionen des post-sowjetischen Raums in der Friedensarbeit aktiv und wurde dafür mit mehreren internationalen Preisen ausgezeichnet.

Anna Hess Sargsyan ist Politologin und Konfliktforscherin. Sie arbeitet als leitende Programmverantwortliche am Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich, Schweiz, wo sie insbesondere im Mediation Support Project tätig ist (CSS ETH Zürich und swisspeace, finanziert vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)). Sie forscht zu Themen der Mediation und »protracted conflicts«.

Lesetipps

- »Security and Human Rights Special Issue on OSCE Mediation and Conflict Management«, Security and Human Rights Monitor, November 2017, <https://www.shrmonitor.org/security-human-rights-special-issue-osces-mediation-conflict-management-introduction-conclusion/>
- Anna Hess Sargsyan: »Unpacking Complexity in the Ukraine Peace Process«, CSS Analyses in Security Policy, April 2019, <https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/CSSAnalyse243-EN.pdf>
- Dana Jirouš, Cécile Druey: »Ehrlich sein, ohne einander gleich umzubringen«: Die Women's Initiatives for Peace in Donbas«. In *Mehr Dialog wagen! Eine Ermutigung für Politik, gesellschaftliche Verständigung und internationale Friedensarbeit.*, herausgegeben von Dirk Splinter und Ljubjana Wüsthube, S. 254–67. Wolfgang Metzner Verlag GmbH, 2020.
- Dana Jirouš: »Redlights and Diapaxis«, 15.11.2019, https://www.frient.de/en/blogdata/tj-blog/red-lights-and-diapaxis?fbclid=IwAR03ALYQC59_5VNxMpo0UV6VYAaYONdIWwOqbVQU1FR65YsnRrvEI6OhevY
- Zusatzprotokoll zur Umsetzung des »Minsker Protokolls«, unterschrieben am 12. Februar 2014 in Minsk (englische Übersetzung): <https://www.ft.com/content/21b8f98e-b2a5-11e4-b234-00144feab7de>

Thematische Auswahl von Zitaten aus der Studie »Der ›Minsker Prozess‹ aus der Innenperspektive«

(Gruppe der Befragten in Klammern)

»Staatsgrenze«, Demilitarisierung, Frieden

»Für mich ist die Wiedererlangung der Kontrolle gleichbedeutend mit der Beendigung des Krieges« (Russische Föderation, grenzfernes Gebiet)

»Als Erstes müssen die Kampfhandlungen aufhören und die Ausrüstung abgezogen werden. Was kaputt ist, muss wiederhergestellt werden, denn viele Dinge sind kaputt. (...) Solange Menschen sterben, wird man nicht zulassen, dass sie [d. h. die ukrainische Armee – Cécile Druey (CD)] sich hier an der Grenze niederlassen, ich meine, na ja, die Milizen der DNR und LNR werden es nicht zulassen...« (Russische Föderation, Donbas-Flüchtlinge)

»Die Ukraine hat sich nach dem Staatsstreich schnell entschlossen, Dokumente zur Demarkation vorzulegen, aber nach [der europäischen Gesetzgebung] – Gott sei Dank haben sie nicht gegen diese Normen des europäischen Rechts verstoßen – ist es unmöglich, eine Demarkation der Grenzen während laufendem Konflikt durchzuführen«. (Russische Föderation, Donbas-Flüchtlinge)

»...Waffen und Munition kommen aus Russland, und dann schließt man die Grenze. Dann wird dieser Spuk eines Tages vorbei sein...« (Ukraine, nicht-kontrollierte Gebiete/Donetsk)

»Die Grenzen sollten geschlossen werden, um den Zufluss von Ausrüstung und Waffen aus Russland zu verhindern«. (Ukraine, nicht-kontrollierte Gebiete/Donetsk)

»Es ist ein Muss. Sie [d. h. die Wiederherstellung der Kontrolle über die Grenze – CD] muss an erster Stelle stehen. Nun, sie bringen Militärs über unsere Grenze, von uns hat es keine Militärs dort. Und keine Waffen kommen von uns, alles aus Russland ...« (Ukraine, Osten)

»Die Wiederherstellung eines normalen Lebens in diesem Gebiet ist nur möglich, wenn es keine Waffen, Banditen und andere negative Elemente von außerhalb gibt dort«. (Ukraine, Osten)

»Ich denke, dass nur durch die Einrichtung der Grenzkontrolle eine friedliche Lösung dieser Situation erreicht werden kann«. (Ukraine, Zentrum)

»Am ersten Tag, sobald ukrainische Militäreinheiten die Kontrolle über diesen Teil des Landes übernehmen, wird es am nächsten Tag keine Konflikte mehr in der Ukraine geben«. (Ukraine, Zentrum)

»Wenn unsere Grenze zu Russland wiederhergestellt ist, was für ein Konflikt kann das noch sein, dann ist er vorbei«. (Ukraine, Süden)

»Border first« oder »Status first«?

»Ja, vielleicht, wenn sie mehr Autonomie bekämen. Sie haben damals, soweit ich mich erinnere, nicht von einem totalen Bruch mit der Ukraine gesprochen«. (Russische Föderation, grenznahe Gebiet)

»Alles wird davon abhängen, wie sich die Situation weiterentwickelt, ob diese ›Republiken‹ Teil der Ukraine werden oder der Konflikt sich weiter hinzieht und sie unabhängig sein werden, ohne anerkannte Autonomie. Wenn sie wie früher Teil eines einzigen Staates sein werden, dann soll die Zentralregierung die Grenze natürlich vollständig kontrollieren«. (Russische Föderation, grenznahe Gebiet)

»Die ukrainische Seite sagt: »Haltet unabhängige Wahlen ab und ernennet für uns legitime Vertreter«, während die Donbas-Seite sagt: »Zuallererst sollt Ihr unsere Autonomie anerkennen«. [...] Was muss zuerst kommen? Es scheint mir, dass beides nicht möglich ist, solange die Grenze offenbleibt. Bleibt jedoch die Frage, wer die Grenze zwischen Russland und dem Donbas kontrollieren soll...«. (Russische Föderation, grenznahe Gebiet)

»...wie kann ich Ihnen das erklären? Wenn man von der heutigen Situation ausgeht, definitiv nicht. Ganz einfach »Nein«, das ist alles. Und in der Zukunft, ... ich glaube, in der Zukunft könnte es schon möglich sein. Wie man so schön sagt, alles ist möglich, ja. All dies wird von den Vereinbarungen von Minsk abhängen«. (Ukraine, nicht-kontrolliertes Gebiet/Donetsk)

»Nun, hier muss man aufpassen, wie [eine Kontrolle der Grenze umgesetzt wird – CD]. Wenn die ›LNR‹ und die ›DNR‹ innerhalb der Ukraine bleiben, dann ist die Ukraine als Staat natürlich verpflichtet, alle Gebiete zu kontrollieren. [...] Dann wird es in Ordnung sein«. (Ukraine, nicht-kontrolliertes Gebiet/Donetsk)

»Nur im Falle einer Kontrolle der Staatsgrenze der Ukraine können wir weiter über Wahlen, über Amnestie sprechen«. (Ukraine, nicht-kontrolliertes Gebiet/Luhansk)

»Ich denke, dass zuerst die Kontrolle über die Grenze wiederhergestellt werden muss. Es soll keine militärische Kontrolle sein, aber die Ukraine muss sie ausüben, nicht irgendwelche andere Formationen. Dann ist es auch möglich, Wahlen abzuhalten«. (Ukraine, Osten/regierungskontrollierter Donbas)

»Es ist mir egal, was dort geschieht, solange die Ukraine nicht die Kontrolle über diese Gebiete hat«. (Ukraine, Zentrum)

»Staatsgrenze« und Staatlichkeit

»Wenn wir wirklich von Grenzen sprechen, so sollen sie in alle Richtungen funktionieren, wie früher, im Sinne von gut-nachbarschaftlichen Beziehungen«. (Russische Föderation, grenzfernes Gebiet)

»In den Grenzgebieten soll geltendes Recht wiederhergestellt werden, und die im ganzen Land bestehenden Gremien sollten ihre Arbeit und Funktion wieder aufnehmen. Ja, das betrifft vor allem die dortigen Behörden«. (Russische Föderation, grenzfernes Gebiet)

»Vollständige ›Kontrolle‹ heißt, dass die Gebiete vollständig unter ukrainische Führung kommen und die ukrainischen Gesetze dort wiederhergestellt werden müssen. Aber [...] das ist im Moment eine unmögliche Sache, denn dort gelten jetzt ganz andere Gesetze, und es gibt starken Widerstand, mit russischer Unterstützung«. (Russische Föderation, grenzfernes Gebiet)

»Wenn von einer Wiederherstellung der ukrainischen Integrität die Rede ist, so ist es nur natürlich, dass der Ukraine die Kontrolle über die Grenze zuerkannt wird«. (Russische Föderation, grenzfernes Gebiet)

»Ich denke, da gibt es nicht den geringsten Anlass für Diskussionen: Es ist ein unveräußerliches Recht. Die Ukraine ist ein von der internationalen Gemeinschaft anerkannter Staat, und ihre Grenzen sind anerkannt. Das ist doch sonnenklar«. (Russische Föderation, grenznahe Gebiet)

»Es gilt, Verantwortung zu übernehmen für diese Grenzen. Grenzen bedeuten nicht nur Rechte, sondern auch Verantwortung dafür, dass die eigenen Grenzen gut funktionieren. Dass keine Schweinereien passieren, dass Menschen, normale Menschen, gesetzesfürchtige Menschen ... wer ermöglicht denn solchen Menschen ein normales Leben? Der soll auch die Grenzen kontrollieren«. (Russische Föderation, grenznahe Gebiet)

»Was für mich [eine Wiederherstellung der Kontrolle über die Grenze bedeutet – CD]? Dass Menschen im dortigen Gebiet nach den Gesetzen der Ukraine und den Gesetzen des Völkerrechts leben«. (Ukraine, Osten)

»Wenn die Ukraine die Grenze kontrollieren muss, bedeutet das, dass die ORDLO [d. h. die nicht-regierungskontrollierten Gebiete des Donbas – CD] Teil der Ukraine sind, dass das russische Militär dort nicht wie bei sich zu Hause herumspaziert«. (Ukraine, Osten)

»[Kontrolle über die Grenze bedeutet – CD] Wiederherstellung des ›Status quo ante‹ auf dem gesamten Gebiet der Ukraine, d. h. einschließlich der Krim, so wie er bis 2014 galt«. (Ukraine, Westen)

»[Kontrolle über die Grenze bedeutet – CD] die Erlangung der vollständigen Kontrolle der Ukraine über die gesamte Staatsgrenze der Ukraine. Das halte ich für absolut notwendig; jedem Land, sein Recht auf Souveränität!«. (Ukraine, Zentrum)

»Wo keine Grenzen sind, da ist kein Staat«. (Ukraine, Süden)

»Staatsgrenze« und sozio-ökonomische Mobilität

»Dort ist die Grenze sehr transparent, während die ›Kontaktlinie‹ zwischen der DNR [d. h. der ›Volksrepublik Donetsk‹ – CD] und dem Gebiet unter ukrainischer Kontrolle sehr rigide ist. Das Überqueren braucht mehrere Stunden, viele Dokumente, Schwierigkeiten an den Kontrollpunkten. Schon jetzt sieht diese ›Kontaktlinie‹ eher wie eine Staatsgrenze aus als die Grenze zwischen den selbst ernannten Republiken und der Russischen Föderation«. (Russische Föderation, grenzfernes Gebiet)

»Viele Leute hier haben in der Ukraine Verwandte. Was wird eine ›volle Kontrolle der Staatsgrenze‹ für sie bedeuten? Wird es Grenzsoldaten geben, eine Mauer? Ich betrachte das aus der Sicht der Menschen, die dort leben...« (Russische Föderation, grenznahe Gebiet)

»Ich weiß nicht, wie das mit der ›vollständigen Kontrolle‹ herauskommen soll. Bis jetzt lebte man in Tschertkowo-Melowoje [In der ukrainischen Grenzregion bei Rostow – CD], ging in die Ukraine zum Einkaufen, und zurück auf die russische Seite. Und es gab keine Staatsgrenze, es war wie eine Verwaltungsgrenze«. (Russische Föderation, grenznahes Gebiet)

»Eine ›vollständige‹ heißt ja hoffentlich doch nicht ›totale Kontrolle‹. Die Menschen sollten sich frei bewegen können, um ihre eigenen Probleme zu lösen. Nicht so, dass mitten durchs Dorf Grenzen gezogen werden, und die Leute mit viel Glück ein Visum bekommen, um in die Nachbarstraße zu gelangen...« (Russische Föderation, grenznahes Gebiet)

»Beim Bezirk Rostow verläuft die Grenze quer durch Dörfer, die Leute überquerten sie ohne Probleme, um familiären, freundschaftlichen, menschlichen Angelegenheiten nachzugehen. Und als sie dann begannen, dort Abschränkungen zu errichten ... Nun, warum denn, wohl dafür, dass man um einen Bruder, eine Schwester oder seine Eltern zu besuchen dutzende von Kilometern in eine Richtung fahren, dann diesen Kontrollpunkt passieren und dann Dutzende von Kilometern zurückfahren muss? Alles soll abgerissen werden, wir sollten nach dem Beispiel Europas leben«. (Russische Föderation, grenznahes Gebiet)

»Die Leute wollen leben, arbeiten, gebären und Kinder großziehen. Es besteht keine Notwendigkeit, weder die Grenze noch die politischen Prozesse, die stattfinden, zu kontrollieren. Der Ukraine ist der Zugang dorthin [d. h. in die nicht-regierungskontrollierten Gebiete – CD] für immer gesperrt! Wegen der toten Kinder, toten Menschen. Das Blut unschuldig getöteter Kinder wird es Lugansk und Donezk niemals ermöglichen, denen, die jetzt an der Macht sind zu vergeben«. (Russische Föderation, Donbas-Flüchtlinge)

»[Kontrolle der Staatsgrenze bedeutet – CD] die Einreise-/Ausreisekontrolle von Bürgern und Besuchern des Landes. Das Gleiche gilt für den wirtschaftlichen Warenverkehr. Aber das erwähnen sie [d. h. die Minsker Protokolle – CD] nicht, dort ist nur davon die Rede, dass kein Nachschub für die bewaffneten Formationen durchgelassen werden soll« (Ukraine, Osten/regierungskontrollierter Donbas)

»Volle Kontrolle bedeutet, nun, für mich bedeutet es, dass Personen und Gegenstände, die in der Ukraine als unrechtmäßig gelten, die Grenze nicht passieren dürfen«. (Ukraine, Osten)

»[Kontrolle der Staatsgrenze bedeutet – CD] Wiederherstellung der territorialen Integrität des Staates, Grenzpatrouille durch ukrainische Grenzsoldaten, Verminung der Zugänge ...« (Ukraine, Süden)

Das Bedürfnis nach Sicherheit, Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung

»Wenn sie [d. h. Ukrainer des regierungskontrollierten Gebiets – CD] sie zur Rechenschaft ziehen wollen, sich rächen oder so etwas, wird ihnen die wiederhergestellte Grenze zu Russland die volle Möglichkeit dafür geben, sie [d. h. die Bewohner*innen des nicht-kontrollierten Donbas – CD] zu vernichten. Eine vollständige Sackgasse. Sie leiden jetzt schon sehr unter der Blockade der Ukraine ...« (Russische Föderation, grenznahes Gebiet)

»Es wäre schrecklich für die Leute in diesen Republiken, denn sie leben auf gepackten Koffern und würden über die Grenze nach Russland fliehen. Und wohin könnten sie gehen, wenn die Ukraine an der Grenze stünde?« (Russische Föderation, Donbas-Flüchtlinge)

»Das Wort ›Ukraine‹ bedeutet ›Tod mit geflochtenen Haaren‹ [...]. Ich meine, es ist ein völliger Teufelskreis. Macht doch, was ihr wollt, sagt mir im Radio und Fernsehen, was immer ihr wollt. Lächelt freundlich, während ihr Eure Leute erwürgt ...«. (Russische Föderation, Donbas-Flüchtlinge)

»Vollständige Kontrolle? Sie isolieren uns alle vollständig! Sie haben es schon versucht, so etwas gab es schon: Produkte wurden keine mehr gebracht, Autos konnten nicht passieren. Sie stellten Kontrollpunkte auf, sodass nichts durchkam...« (Russische Föderation, Donbas-Flüchtlinge)

»Ich möchte nicht, dass sie wiederhergestellt wird, weil es dort jetzt so viel Nationalismus gibt. Es wird sehr schwierig sein. Es sind alles Nationalisten. Die Tatsache, dass wir auf Russisch kommunizieren, wird ... Wir sind Feinde des Volkes. Ich mache mir Sorgen um meine Kinder, das Mädchen und den Jungen ...« (Russische Föderation, Donbas-Flüchtlinge)

»Ich bin mir nur nicht sicher, ob eine Flucht über diese Grenze noch möglich wäre [...]. Wir sind selber über Ilowajsk geflohen, als die ukrainische Armee dort stand. Wir sind kaum von dort weggekommen, weil sie aus vielen Autos die Männer herausgezerrt haben, vor allem, wenn sie alleine fuhren ...« (Russische Föderation, Donbas-Flüchtlinge)

»Eine Rückgabe der Grenzen unter ukrainischer Kontrolle. Dies kommt meiner Meinung nach einem Selbstmord gleich«. (Russische Föderation, Donbas-Flüchtlinge)

»Zum heutigen Zeitpunkt? Wenn die volle [ukrainische – CD] Kontrolle im Moment wiederhergestellt wird, wird es für Donezk und Lugansk, für diese Republiken, sehr schwierig sein«. (Ukraine, nicht-kontrolliertes Gebiet/Donesk)

»Eine Provokation, ja, ein Vorwand, um dort tödliche Waffen aufzustellen. Nun, wie, wie wird Russland uns verlassen, oder dass wir alle hier ... Es wird ja alles auf höchster Ebene entschieden. Für uns normale Menschen ist es ... Ich weiß nicht, die Grenzen sollten kontrolliert werden, aber nicht von der Ukraine, wahrscheinlich (lacht) zumindest von Russland. Denn sonst kommt der totale Zusammenbruch – das ist der totale Zusammenbruch...« (Ukraine, nicht-kontrolliertes Gebiet/Donetsk)

»Wenn es nach dem alten ›Status quo‹ geplant ist, dann ist es, nun ja, unrealistisch. Es ist nun mal so, dass die Menschen, die den ganzen Horror hier durchlebt haben, nicht mehr damit einverstanden sind, zur Ukraine zu gehören...« (Ukraine, nicht-kontrolliertes Gebiet/Donetsk)

Die »Staatsgrenze«: viele offene Fragen...

»Aber wenn die vollständige [ukrainische – CD] Kontrolle über die Grenze zu einer Eskalation und zu schlimmsten Kämpfen führen kann, bei denen Zehn-, ja Hunderttausende getötet werden, dann müssen wir überlegen, wie wir das am schmerzlosesten bewerkstelligen können. Denn es ist nicht klar, wie die andere Seite es aufnimmt. Nochmals, es gibt keine einfache Antwort ...« (Russische Föderation, grenzfernes Gebiet)

»Ja, natürlich, früher oder später sollte die Ukraine diese Grenze kontrollieren. Aber wie soll sie das tun? Zusammen mit jemandem? Zusammen mit internationalen Truppen? Oder sollten UNO-Friedenstruppen sie im Namen der Ukraine kontrollieren, unter ihrer Leitung? Es gibt viele Möglichkeiten. Aber wir müssen uns hinsetzen und darüber reden.« (Russische Föderation, grenzfernes Gebiet)

»Die Position der Russischen Föderation ist so, dass sie die Kontrolle über den Abschnitt der russisch-ukrainischen Grenze, der unter der Kontrolle der DNR-LNR steht [d. h. den sogenannten Volksrepubliken Donetsk und Luhansk – CD], nicht abgeben will, wobei sie scheinheilig Gründe dafür erfindet. Tatsächlich gibt es nur einen Grund: Sie wollen die Kontrolle über die Grenze nicht aufgeben, damit sie im Falle des Falles wieder militärisches Gerät einwerfen, den Separatisten helfen, ihnen militärische Ausrüstung zur Verfügung stellen können usw.« (Russische Föderation, grenznahe Gebiet)

»Im Dokument sollte eigentlich deutlich gemacht werden, was sie [mit »Kontrolle der Grenze« – CD] meinen. Man kann Flaggen und Zollbeamten stationieren. Und paramilitärische Wachen. Sie könnten einen Zaun mit Stacheldraht errichten. Es gibt unterschiedliche Vorstellungen über die »vollständige Kontrolle«. Was meinen sie damit?« (Russische Föderation, grenznahe Gebiet)

»Festlegung der Grenzen heißt Festlegung des Verantwortungsbereichs. Die Russische Föderation kontrolliert zwar de jure die russisch-ukrainische Grenze, aber eigentlich hat sie einfach die Grenze der Russischen Föderation an die Kontaktlinie verschoben.« (Russische Föderation, grenznahe Gebiet)

»Kontrolle durch die Ukraine? Und welches Recht haben sie, die Ukraine, dort zu kontrollieren? Wer wird sie durch lassen?« (Russische Föderation, Donbas-Flüchtlinge)

»Sollen die doch schreiben, was sie wollen. Es gibt Menschen, die ihr Leben eingesetzt, die ihre Kinder verloren haben... Niemand wird sich darauf einlassen, nichts abgeben ...« (Russische Föderation, Donbas-Flüchtlinge)

»Nun, wenn es nach mir geht, leben wir bereits vollständig in Russland. Wir gehen jetzt in die Ukraine, wie über eine Grenze.« (Ukraine, nicht-kontrolliertes Gebiet/Donetsk)

»Damit dies [d. h. die Wiederherstellung der Kontrolle über die Grenze – CD] geschehen kann, muss zuerst der bewaffnete Konflikt gelöst werden, sonst wird sich die Situation verschärfen. Sie können nicht einfach hierherkommen und die Grenzen kontrollieren. Erst muss man zu einer allgemeinen Übereinkunft kommen, es gibt einige Punkte, die es zu erfüllen gilt, hier, in den Vereinbarungen, und dann schon ... Ich halte es für unwahrscheinlich.« (Ukraine, nicht-kontrolliertes Gebiet/Donetsk)

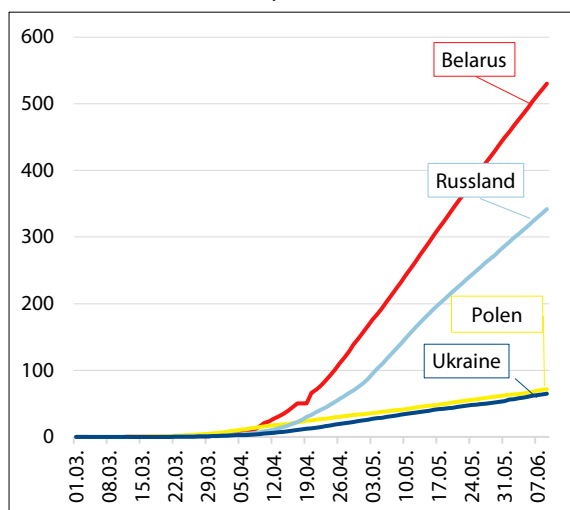
»Irgendwie können wir uns schon von Russland abgrenzen, früher hatten wir ja auch eine Grenze zu Russland. Aber das hinderte sie keineswegs daran, trotzdem in das Gebiet von Donetsk und Luhansk bzw. der Krim vorzudringen...« (Ukraine, Osten)

»Angesichts des Charakters unseres Nachbarn sollte die Kontrolle der Grenze vielleicht doppelt so mächtig sein wie zuvor...« (Ukraine, Zentrum)

STATISTIK

Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 9. Juni 2020)



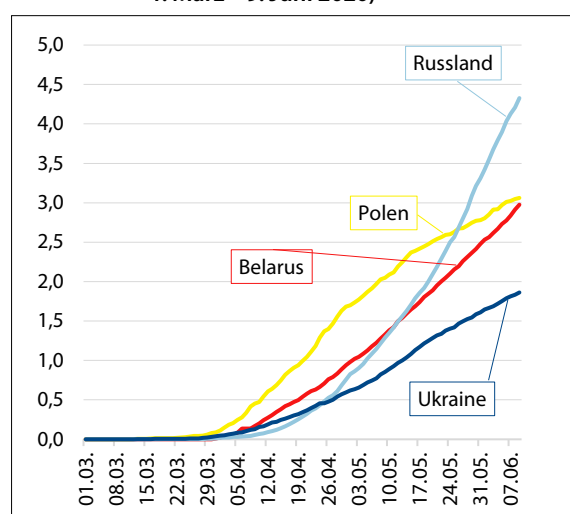
Für die Zahlen vom 01.03.–29.05.2020 siehe Ukraine-Analysen 233, S. 8, Ukraine-Analysen 234, S. 22 und Ukraine-Analysen 235, S. 9.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 09.06.2020, 14:33 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle, 30. Mai – 9. Juni 2020)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
30.05.	41.658	23.571	396.575	23.204
31.05.	42.556	23.786	405.843	23.672
01.06.	43.403	24.165	414.328	24.562
02.06.	44.255	24.395	423.186	24.895
03.06.	45.116	24.687	431.715	25.385
04.06.	45.981	25.048	440.538	25.981
05.06.	46.868	25.410	449.256	26.542
06.06.	47.751	25.986	458.102	27.101
07.06.	48.630	26.561	467.073	27.599
08.06.	49.453	27.160	476.043	28.077
09.06.	50.265	27.365	484.630	28.479

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 9. Juni 2020)



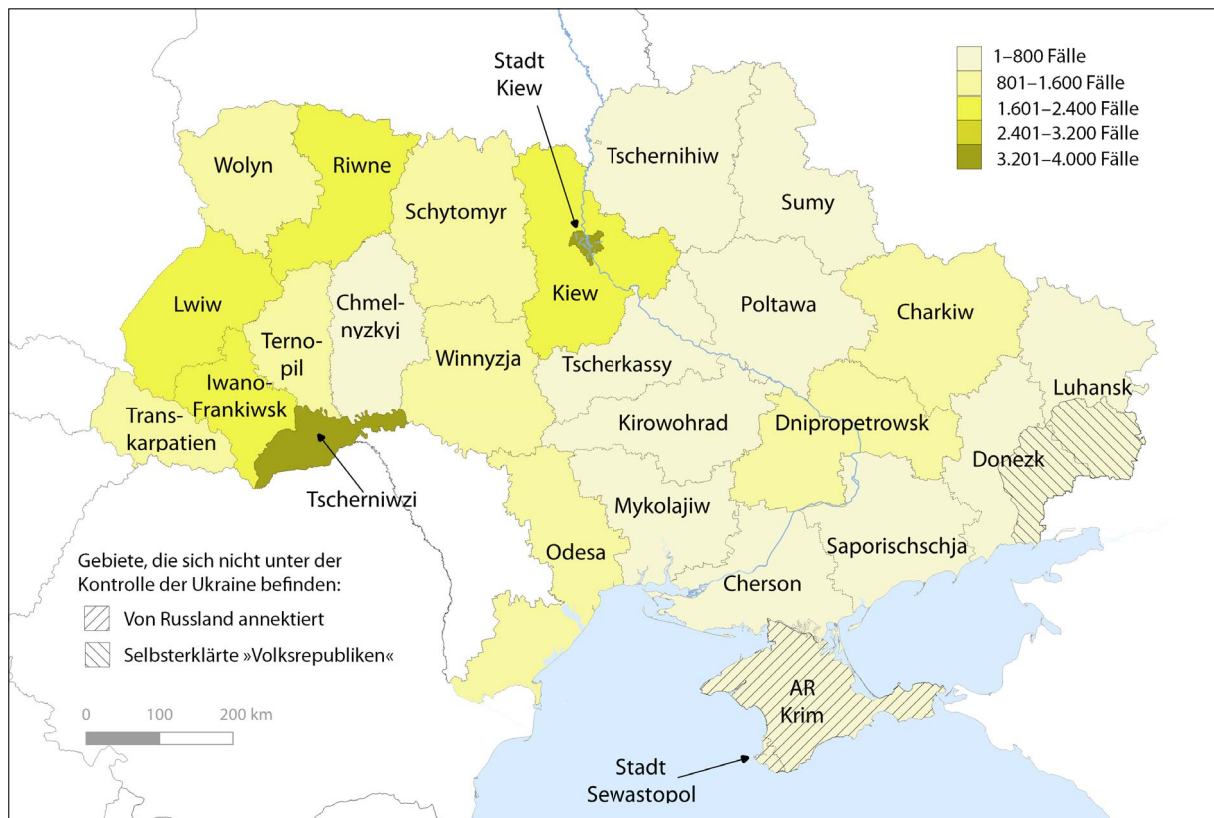
Für die Zahlen vom 01.03.–29.05.2020 siehe Ukraine-Analysen 233, S. 9, Ukraine-Analysen 234, S. 22 und Ukraine-Analysen 235, S. 9.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 09.06.2020, 14:33 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

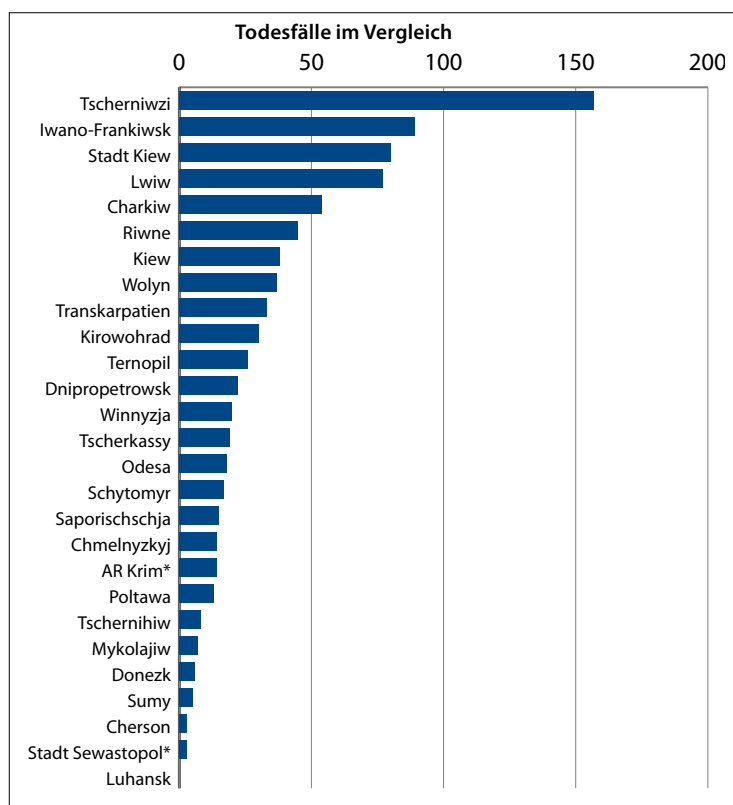
Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (30. Mai – 9. Juni 2020)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
30.05.	229	1.061	4.555	696
31.05.	235	1.064	4.693	708
01.06.	240	1.074	4.849	724
02.06.	243	1.092	5.031	733
03.06.	248	1.115	5.208	742
04.06.	253	1.117	5.376	755
05.06.	259	1.137	5.520	770
06.06.	263	1.153	5.717	785
07.06.	269	1.157	5.851	796
08.06.	276	1.166	5.963	805
09.06.	282	1.172	6.133	818

Grafik 3: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen



Region	Fälle	Todesfälle
Charkiw	1.338	54
Cherson	179	3
Chmelnyzkyj	520	14
Dnipropetrowsk	973	22
Donezk	246	6
Iwano-Frankiwsk	1.622	89
Kiew	1.865	38
Stadt Kiew	3.580	80
Kirowohrad	562	30
Luhansk	54	0
Lwiw	2.289	77
Mykolajiw	309	7
Odesa	1.028	18
Poltawa	276	13
Riwne	2.122	45
Saporischschja	502	15
Schytomyr	973	17
Sumy	198	5
Ternopil	1.313	26
Tscherkassy	501	19
Tschernihiw	320	8
Tscherniwzi	3.757	157
Transkarpatien	1.448	33
Winnyzja	1.192	20
Wolyn	1.214	37
AR Krim*	458	14
Stadt Sewastopol*	177	3



* inoffizielle Daten

Quelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 10.06.2020 08:58 Uhr.

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 26. Mai – 7. Juni 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle / Todesfälle*	Ereignis
26.05.2020	21.584 / 644	Gesundheitsminister Maxym Stepanow teilt mit, dass die oberste Spielklasse im ukrainischen Fußball, die Premjer Liha, am 30. Mai unter besonderen Vorkehrungen wieder ihren Spielbetrieb aufnehmen dürfe.
27.05.2020	21.905 / 658	Die Regierung stellt ein Programm zur Erholung der ukrainischen Wirtschaft infolge der Coronavirus-Pandemie vor. Premierminister Denys Schmyhal hofft damit die wirtschaftlichen Folgen abfedern zu können und in der zweiten Jahreshälfte eine wirtschaftliche Erholung zu stimulieren. Einer Umfrage der European Business Association unter 111 Kleinunternehmen zufolge entzieht der Lockdown einem Drittel der Kleinunternehmen mehr als die Hälfte ihres Umsatzes. Von diesen verloren 44 Prozent bis zur Hälfte ihres Umsatzes und 7 Prozent erwägen die Schließung ihres Unternehmens. Ein Drittel der Kleinunternehmer mussten Personal abbauen, 29 Prozent mussten Löhne kürzen und 19 Prozent ihre Mitarbeiter in den unbezahlten Urlaub schicken.
28.05.2020	22.328 / 669	In Kiew werden die Quarantänenestimmungen gelockert: Unter anderem fährt die Metro wieder und Cafés dürfen ihre Außenbereiche wieder öffnen. Laut Gesundheitsministerium sind mehr als 4.300 Personen, die an Covid-19 erkrankt sind, im medizinischen Sektor tätig – das entspricht rund 20 Prozent der Gesamtzahl aller Infizierten.
29.05.2020	22.811 / 679	Sechs Grenzübergänge mit der Slowakei und Moldawien werden wieder geöffnet. Mit den Öffnungen in der letzten Woche bleiben noch rund 50 Grenzübergänge, vor allem zu Russland und Belarus, geschlossen. Die Übergänge zu den »Volksrepubliken« im Donbas sollen vorerst weiterhin bis zum 22. Juni geschlossen bleiben. Das Oberste Gericht der Ukraine fordert das Verfassungsgericht auf, per Eilverfahren innerhalb eines Monats zu prüfen, ob die Quarantänebestimmungen in der Ukraine das Recht auf Bewegungsfreiheit einschränken.
01.06.2020	24.012 / 718	In den Regionen, in denen die Grenzwerte eingehalten werden, tritt eine neue Stufe der Lockerungen in Kraft. Unter anderem dürfen Sporthallen, Fitnesscenter und Bildungseinrichtungen wieder öffnen. Auch regionale Zugverbindungen dürfen wieder verkehren.
02.06.2020	24.340 / 727	Aufgrund der Rückgang der Wirtschaftsleistung wegen der Coronavirus-Pandemie in Europa ging der russische Gastransit durch die Ukraine seit Jahresbeginn um fast 50 Prozent zurück. Laut dem neuen Gastransitvertrag zwischen der Ukraine und Russland muss Russland dennoch komplett für die vertraglich festgelegte Menge – 65 Mrd. Kubikmeter – zahlen, auch wenn in diesem Jahr vermutlich nur knapp über 50 Mrd. Kubikmeter russisches Gas durch die Ukraine gepumpt wird. Zwei Tage, nachdem die ukrainische Premjer Liha ihren Spielbetrieb offiziell wieder aufnehmen konnte, gibt der Verein Karpaty Lwiw aus Lemberg bekannt, dass bei Covid-19-Testungen von 65 Personen, darunter Spieler und Mitarbeiter, bei etwa der Hälfte das Virus nachgewiesen wurde. Der Verein teilt daraufhin mit, für mindestens zwei Wochen den Trainings- und Spielbetrieb komplett auszusetzen.
03.06.2020	24.823 / 735	Mit 588 Covid-19-Neuinfektionen wird laut Gesundheitsministerium ein neuer Rekord an täglichen Neuinfektionen in der Ukraine erreicht. In der Region Riwna haben seit Ausbruch der Covid-19 Pandemie 324 Beschäftigte aus dem medizinischen Bereich, darunter 38 Ärzte, ihren Dienst mit Hinweis auf die Arbeitsbedingungen angesichts der Ausbruchs der Coronavirus-Pandemie quittiert.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle / Todesfälle*	Ereignis
05.06.2020	25.964 / 762	Die Zugverbindungen in den Westen des Landes werden wieder aufgenommen. Auch Inlandsflüge werden wieder aufgenommen, womit eine fast dreimonatige Einschränkung der Mobilität aufgehoben wird. Laut Premierminister Denys Schmyhal sollen ab dem 15. Juni auch internationale Flüge wieder möglich sein.
		Das Parlament stimmt dafür, Gelder aus dem 2,4 Milliarden US-Dollar schweren Coronavirus-Fonds auch für den Straßenbau zu verwenden mit der Begründung, dass die Corona-Krise auch eine soziale Krise sei und durch das staatliche Straßenbauprogramm bis zu 50.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Laut Alexander Kurbakow, dem Leiter der staatlichen Autobahnbehörde Ukrawtodor, ermöglicht der Gesetzentwurf, Gelder aus dem Covid-19-Sonderfonds für den Straßenbau zu verwenden, sofern sie nicht für andere Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie verwendet werden. Aus dem am 13. April gebildeten Fonds zur Bekämpfung des Coronavirus wurden laut Kyiv School of Economics bisher nur rund 20 Prozent der Mittel ausgegeben, womit noch 1,9 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stehen.
		Präsident Wolodymyr Selenskyj äußert sich besorgt über die steigenden Neuinfektionszahlen der letzten Tage: In den letzten drei Tagen lagen die Covid-19-Neuinfektionen bei durchschnittlich 563 und damit deutlich über den Werten in den Wochen zuvor. Gesundheitsminister Maxym Stepanow fordert die Bevölkerung auf, die Quarantänemaßnahmen weiterhin strikt zu befolgen.
		Laut der Staatlichen Agentur für Luftverkehr ging der Flugverkehr in der Ukraine im Mai 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 89 Prozent zurück.
		Der Kiewer Bürgermeister Wladimir Klitschko teilt mit, dass in Kiew die 3. Stufe der Quarantänelockerungen nicht wie geplant in Kraft treten kann, weil die Infektionsrate mit 14,9 Infizierten pro 100.000 Einwohner den Richtwert von 12 Fällen pro 100.000 Einwohner überschreitet. Cafés und Restaurants, die am Vormittag zum Teil bereits begonnen hatten, ihre Innenräume zu öffnen, müssen diese nun wieder schließen. Klitschko sieht die vergleichsweise hohen Infektionszahlen als Folge der schrittweisen Wiedereröffnung des öffentlichen Nahverkehrs.

*Quelle: Johns Hopkins Universität.

Zusammenstellung von Dr. Eduard Klein.

CHRONIK

26. Mai – 7. Juni 2020

27.05.2020	Ein Gericht im niedersächsischen Oldenburg weist den ukrainischen Auslieferungsantrag gegen Olexander Onischtschenko mit der Begründung zurück, dass die Untersuchungshaftanstalt, in der er in Kiew untergebracht wäre, nicht die Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention erfüllt. Der frühere Abgeordnete Onischtschenko floh 2016 aus der Ukraine, als Ermittlungen gegen ihn bekannt wurden. Ihm wird Betrug im Gassektor im Umfang von rund 125 Millionen US-Dollar vorgeworfen. Politisches Asyl, das Onischtschenko in Deutschland beantragt hatte, wird ihm verwehrt.
27.05.2020	Das Ministerkabinett teilt das Ministerium für Energie und Umweltschutz auf und bildet ein Ministerium für Energie sowie ein Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen. Nach den Parlamentswahlen 2019 waren beide Ministerien zusammengelegt worden.

29.05.2020	In Browary in der Nähe von Kiew kommt es zu einer Massenschießerei mit etwa 100 Beteiligten. Drei Personen werden verletzt, mehrere Dutzend festgenommen. Auslöser war laut Polizeiangaben die informelle Aufteilung der Marschrutka-Kleinbuslinien.
29.05.2020	Beamte des Fonds für Staatsvermögen dringen mit Unterstützung von Spezialkräften der Polizei in das stark gesicherte Hauptquartier von Zentrenergó ein und setzen eine neue, von der Regierung ernannte Geschäftsführung ein. Das teilstaatliche Unternehmen Zentrenergó produziert etwa 15 Prozent des ukrainischen Stroms. Das Management soll unter dem Einfluss von Oligarch Ihor Kolomojskij gestanden haben. Durch den Verkauf von Strom unter dem Marktpreis an die energieintensiven Unternehmen von Kolomojskij sind den Staatskassen seit 2004 bis zu 3,7 Milliarden US-Dollar entgangen, berichtet die Kyiv Post.
01.06.2020	In Kiew werden erstmals Kameras zur Geschwindigkeitskontrolle aufgestellt. In den ersten 17 Stunden werden laut Innenminister Awakow mehr als 35.000 Geschwindigkeitsverstöße registriert, davon mehrere, bei denen die Fahrer über 200 km/h schnell fuhren.
01.06.2020	Hunderttausende elektronische Vermögensdeklarationen werden (wie jedes Jahr) offengelegt und geben Einblicke in das Vermögen von Beamten und den wichtigsten Staatsangestellten: Präsident Wolodymyr Selenskyj deklarierte rund 1 Mio. US-Dollar, wobei der weitaus größte Teil aus Einnahmen aus dem TV-Bereich stammt, z. B. durch Rechtevermarktung. Der Leiter des Präsidentenbüros, Andrij Jermak, deklarierte rund 400.000 Euro Bargeld, während sich auf seinen zwei Bankkonten nur 1.000 Euro befinden. Ex-Präsident Petro Poroschenko, zu dessen Unternehmensnetzwerk auch eine Bank zählt, gab an, im Besitz von 63 Millionen US-Dollar Bargeld zu sein. In die Schlagzeilen gerät auch die Vermögenserklärung von Wiktor Medwedtschuk, der angab, Fragmente einer äußerst seltenen und wertvollen Gutenberg-Bibel zu besitzen.
02.06.2020	Das Wirtschaftsmagazin Forbes bringt erstmals seit 2016 eine Liste der 100 reichsten Ukrainer heraus (2017 wurde die ukrainische Ausgabe eingestellt und seit Juni 2020 wieder neu herausgegeben). Demzufolge ist Rinat Achmetow mit einem geschätzten Vermögen von 2,8 Mrd. US-Dollar weiterhin der reichste Ukrainer, gefolgt von Wiktor Pintschuk auf Platz 2. (1,4 Mrd.), Petro Poroschenko auf Platz 3. (1,4 Mrd.), Olexandr und Halyna Gerega auf Platz 4 (1,3 Mrd.) und Hennadij Boholjubow auf Platz 5. (1,2 Mrd.). Gemeinsam kommen die 100 reichsten Menschen in der Ukraine – darunter sechs Frauen – auf 31,4 Mrd. US-Dollar.
02.06.2020	Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba trifft in Berlin seinen Amtskollegen Heiko Maas. Bei der anschließenden Pressekonferenz gibt Kuleba bekannt, dass bald ein Treffen der Außenminister im Normandie-Format (Ukraine, Russland, Deutschland, Frankreich) stattfinden werde und die Ukraine bereit sei für Kompromisse im Bereich der lokalen Selbstverwaltung, bezüglich der territorialen Integrität jedoch nicht. Die ukrainische Delegation ist die erste, die seit Beginn der Corona-Pandemie in Berlin empfangen wird.
04.06.2020	Der Europäischen Kommission zufolge nahmen die Nahrungsmittelimporte 2019 aus der Ukraine mit 21 Prozent so stark zu wie aus keinem anderen Land. Mit 1,2 Mrd. Euro kommt die Ukraine bei den Lebensmittelimporten in die EU auf Platz 4. Bei Bioprodukten landet die Ukraine mit 10 Prozent aller Importe hinter China (13 Prozent) auf Rang 2; die Importe von Bio-Lebensmitteln in die EU nahmen 2019 gar um 27 Prozent zu.
04.06.2020	Laut dem Minister für Wirtschaftliche Entwicklung, Handel und Landwirtschaft Ihor Petreschko, wuchs der bilaterale deutsch-ukrainische Handel 2019 um 3,1 Prozent auf 9,3 Milliarden US-Dollar.
04.06.2020	Die Werchowna Rada ernennt Olexandr Tkatschenko zum neuen Minister für Kultur und Informationspolitik und Olha Stefanschina zur stellvertretenden Ministerin für europäische Integration. Tkatschenko ist ein früherer Top-Manager der 1+1 Mediengruppe des Oligarchen Ihor Kolomojskij und wurde bei den Parlamentswahlen 2019 für die Präsidentenpartei »Diener des Volkes« in die Werchowna Rada gewählt. Olha Stefanschina, eine Juristin mit Schwerpunkt auf internationalem Recht und mit EU-Erfahrung, ersetzt Wadym Prystajko, der als neuer ukrainischer Botschafter in London gehandelt wird.
05.06.2020	Im Zentrum Kiews finden mehrere Protestaktionen gegen den umstrittenen Innenminister Arsen Awakow statt. Mehr als 60 Abgeordnete unterstützen die Absetzung von Awakow, der zuletzt wegen Polizeiskandalen, schleppender Aufklärung in mehreren Fällen sowie der mangelhaften Umsetzung der Polizeireform verstärkt in die Kritik geriet.
05.06.2020	Präsident Wolodymyr Selenskyj ersetzt den Leiter des Auswärtigen Nachrichtendienstes der Ukraine, Walerij Ewdokimow, durch Walerij Kondratjuk. Kondratjuk war zuvor stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung unter Poroschenko und bekleidete mehrere hochrangige Posten im Verteidigungsministerium und im Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU).

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Dr. Eduard Klein
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

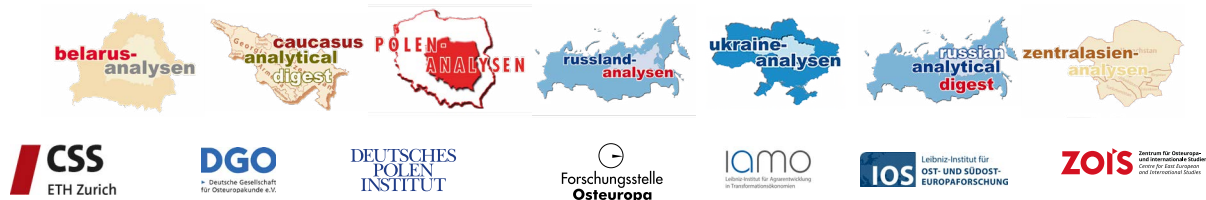
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.